

# Streik

Aus Anlaß...  
Empfang hat...  
Reichsminister...  
Ministerpräsident...  
Wilde Dr. Kling...  
herkommenden...  
Vertreter der...  
tages Dr. Meier...  
Kaumann, den...  
Dr. Kling, Präsi...  
andere führende...  
Das jährliche Ko...  
jahrliche Ber...  
bundes, der Arbeit...  
der Presse.

Über...  
widmete an der...  
grüßung. Insbe...  
Sitzemann willo...  
slandes, sonder...  
heute eine große...  
über mit weiden...  
-entland wieder...  
Die Jahres...  
Beispiel der mo...  
schung das men...  
näh genommen...  
zweites Kind der...  
zeitlichen We...  
besten als Wa...  
neuesten Zeit. E...  
eine ideale Zeit...  
es sich in erster...  
Dampf und Mot...  
der Jahre und in...  
in dauerndem...  
Geld gehet ab...  
Gemeinde, die an...  
interessiert sind...  
freud, als dem...  
Verkehrsförder...  
förderung.

Reichsa...  
danke dem Ober...  
Beauftragung...  
Rade bemerkens...  
Ich habe n...  
effekt, wie Sie...  
möglich darstell...  
sich nicht darstell...  
Es ist das, was d...

Die Bauern...  
Wünsche eine fro...  
Die Kraft u...  
Hügelbude glän...  
wie böse harre...  
Bachläufe. Rab...  
schwarzen Wäde...  
silbern. Ein Hof...  
Wichtig hat ein...  
Fläche dabei, gri...  
wie schwarze Sch...  
Kastilien sie an...  
los in der Hoff...  
Sturm schrie den...  
Hoch am Hang d...  
gequälte Seelen...  
Winters aus —...  
Pauze. Aber wie...  
den demantenstä...  
ferne zu abläßt...  
ohne Ende über...

Die Mü...  
Im Kloster la...  
die Rigen des...  
Strahlen, aber...  
Man lag darin...  
Die Augenlider...  
Kippen, so falt...  
alten Körper. S...

# Die Bewilligung der Reichsanleihe

## Nach heftiger Debatte

Berlin, 16. Mai.

Der Reichstag hat gestern nach lebhafter Aussprache in 3. Lesung die Vorlage über die 500-Millionen-Anleihe mit 187 gegen 173 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Für die Vorlage stimmten die fünf Regierungsparteien. Alle übrigen Parteien und Gruppen stimmten dagegen.

In der Aussprache hielt der deutschnationale Abgeordnete Dr. Baug (der bekanntlich als Spitzenkandidat in Ostpreußen gewählt worden ist), eine sehr heftige Rede gegen die Anleihe, die er als einen Verzweiflungsakt bezeichnete. Die Bedingungen dieser Anleihe seien den Deutschen Reiches unwürdig. Hier verteilte ein sozialdemokratischer Minister Liebesgaben an die reichsten Leute. Die Finanzkräfte des Reiches ließen herzuverrufen durch die Reparationspolitik, und die marxistische Innenpolitik. Diese Regierung verleihe eine Existenzgrundlage des deutschen Volkes nach der anderen.

Gegen diese Rede wandte sich der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer. Die Wirtschaft werde durch nichts mehr gefährdet, als durch fortgesetzte phantastische Redereien über bevorstehende Katastrophen. Die deutschnationalen haben anscheinend vergessen, daß von den 900 Millionen der bisherigen Anleiherückzahlung 675 Millionen mit ihrer Zustimmung erschlossen werden sind. — Reichsfinanzminister Dr. Gildering erinnerte Dr. Baug daran, daß der Fehlbetrag im Haushalt dadurch entfallen sei, daß unter dem Kabinett Luther die Milliarden für das Arbeitsbeschaffungsprogramm ohne Deduktion bewilligt worden seien. Die jetzige Vorlage sei ein erster Schritt, um eine grundlegende Finanzreform zu ermöglichen. Der erste Schritt sei der schwierigste, aber er wird zum Erlöse führen.

Weiter wandten sich in der Aussprache die Redner der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei gegen die Vorlage.

Hg. Dr. Brünning (Zentrum) bedauerte die Rede des Hg. Baug, die gerichtet sei, das Ansehen der neuen Anleihe schon vor der Auslösung herabzumindern. Das sei ein Bräutigam an Verantwortungsbewußtsein, wie man ihn in diesem Hause selten erlebt habe. Bedenklich sei der Wechsel in den führenden deutschnationalen Finanzpolitikern. Vor drei Jahren v. Schlieffen, einen verantwortungsbewußten, sachlich sich auf äußerliche beschränkende Politiker, heute eine unedelmütige, mit dem Thema überhaupt nicht zusammenhängende Rede Dr. Baugs. Ich weiß nicht, wie die deutschnationalen es mit ihrem Verantwortungsbewußtsein vereinbaren wollen, daß eine solche Katastrophenrede gehalten wird in einem Augenblicke, wo gerade im Interesse der Reparationsverhandlungen wir aus der schülen Finanzkrise herauskommen müssen. Die vorliegende Anleihe ist gewiß in mancher Beziehung bedenklich. Wir haben aber keine andere Wahl, um aus dem noch bedenklicheren Zustande herauszukommen, daß der Reichsfinanzminister jeden

Monat bei den Großbanken anlaufen muß um über 1000 Millionen heranzukommen. Die Wirtschaftspartei hat auch keinen besseren Weg zeigen können. Es ist einfach schematisch einen zehnprozentigen Abstrich vom Haushalt zu beantragen. Wer wirklich sparen will, der muß in gewissenhafter Arbeit die einzelnen Haushaltsposten überprüfen, wie wir es getan haben.

## Die Angestelltenversicherung

Der Stand der Vorarbeiten.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten, der unter dem Vorsitz des Hg. Eiser (Ztr.) tagte, gab Ministerialdirektor Grieser einen Bericht über den Stand der Vorarbeiten zum Ausbau der Angestelltenversicherung. Er wies dabei auf eine Aufzeichnung, die noch nicht den Willen der Reichsregierung enthält, sondern diejenigen Gesichtspunkte angibt, die das Reichsarbeitsministerium zur Berücksichtigung für geeignet hielt.

Danach betreffen die Vorarbeiten zum Ausbau der Angestelltenversicherung insbesondere folgende Punkte:

- 1. Ausbau der Selbstverwaltung.**  
Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, einem hauptamtlichen Stellvertreter und aus weiteren hauptamtlichen Mitgliedern sowie aus vier ehrenamtlichen Mitgliedern. Der Präsident und die hauptamtlichen Mitglieder werden wie bisher vom Reichspräsidenten ernannt. Sie haben die Rechte und Pflichten des Reichsbeamten. Die planmäßigen Beamten des höheren Dienstes bestellt der Verwaltungsrat. Besoldungs- und Dienstordnung werden vom Verwaltungsrat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers erlassen. Die Dienstbesizer der bei der Selbstverwaltungseinrichtung beschafften Angestellten dürfen nicht ungünstiger gestellt werden als die vergleichbarer Reichsbeamten. Nach der Voranfrage wird mit der Zustimmung des Reichsarbeitsministers festgelegt. Das Aufsichtrecht erstreckt sich wie bisher auch auf Zweitmögensgegenstände, die Paragraphen 31 bis 34 RVO werden übernommen, ebenso die Paragraphen 8 und 13 RVO. Soweit die beim Antritte der Änderungen vorhandenen Beschäftigten bereits die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten haben, behält es hierbei sein Bestehen.
- 2. Ausbau der Leistungen.**
  - a) Elternrente;
  - b) Rente für die schuldlos geschiedene Frau;
  - c) Gewährung eines für jede Beitragsstufe in 2% übertragbaren ausgedrückten festen Steigerungsbetrags, der so bemessen wird, daß er zwanzig Prozent der heutigen Beiträge ausmacht.
- 3. Unter den sonstigen Änderungen sind bemerkenswert, daß auch durch freiwillige Beitragszahlung das Versicherungsverhältnis erneuert werden kann, daß das Hausgeld mindestens drei Hundertel der zuletzt entrichteten fünf Beiträge beträgt und daß für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft sechs Monate in jedem Kalenderjahr nötig sind.**  
Die Kriegsrente werden auch den Deutschen angesetzt, die im Ausland eine Angestelltenversicherung ausüben haben. Bis zum Schluß des Jahres 1930 können auch Verrenteten, die zwar das vierzigste aber noch nicht das fünfzigste Lebensjahr vollendet haben, freiwillig in die Angestelltenversicherung eintreten.

## Zentrum und Wohnungsbau

Augenblicklich beherrscht wieder die Wohnungsfrage das öffentliche Debattierfeld. Hausbesitzer- und Mieterorganisationen treten überall auf den Plan. Die Wirtschaftspartei wiederum will das Wohnungsbauproblem zu Verdrängungspolitisch ausnähnen und beliebt dabei, zum Teil demagogische Angriffe gegen die Zentrumspartei.

Es ist daher von allgemeinem Interesse, nochmals genau den Standpunkt der Zentrumspartei zu dieser brennenden Tagesfrage des Wohnungsbaues kennen zu lernen, wie ihn der Abgeordnete Treumel kürzlich im Reichstag darlegte. Von besonderem Interesse aber sind wohl seine Enthüllungen über die Agitationsmethode der Wirtschaftspartei, der er schlagend ihre unklare Politik und Bedeutungslosigkeit nachwies. Er führte u. a. aus:

Die Zentrumspartei gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß es möglich war, im vergangenen Jahre 330 000 Wohnungen bezugsfertig herzustellen. Im Jahre 1927 waren es rund 300 000 Wohnungen. Bei einem jährlichen Bedarf nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministeriums, von 225 000 Wohnungen bedeutet das, daß 180 000 Wohnungen in den zwei Jahren mehr hergestellt sind, als der allgemeine jährliche Bedarf beträgt. Mit Rücksicht auf die Reparationsleistungen und unsere sonstigen wirtschaftlichen Ziele ist das zweifelslos ein großer Erfolg und zeigt von der außerordentlichen Kraft, die in unserer deutschen Volkskraft steckt, um solche Werke zu vollbringen. An dieser Tatsache können alle Verleumdungen und alle sonstigen Kritiken nicht vorbeigehen, ganz besonders, wenn man berücksichtigt, daß 80 Prozent dieser Wohnungen mit Hilfe der Hauszinssteuer, mittelbar erbaut worden sind. Wir wollen nicht verjähnen, der Regierung für diese Initiative unseren Dank abzusenden, insbesondere den Sachverratern im Arbeitsministerium und ebenso dem Vorläufer des jetzigen Reichsarbeitsministers, dem früheren Minister Dr. Kaas, auf dessen Führung dieser glänzende Erfolg erzielt werden konnte.

Die Zentrumspartei hat verantwortungsbewußt mitgearbeitet, um den Wohnungsbau zu fördern. Die Möglichkeit, dieses Resultat zu erzielen, ist in erster Linie auf die Richtlinien, die wir vor zwei Jahren hier im Reichstag beschlossen haben, zurückzuführen. In dem Zusammenhange auch ein Wort zu der vielgeschmähten

### Hauszinssteuer.

Wir gehen zu, daß die Hauszinssteuer in ihrer Erhebung eine unsoziale, grausame Steuer ist, und zwar deshalb, weil sie die sozialen Belange nicht in dem Umlange berücksichtigen kann, wie das wünschenswert wäre. Aber man darf nicht vergessen, daß die Hauszinssteuer in ihrer Verwendung eine sehr soziale Steuer ist, weil es mit dieser Steuer möglich war, in diesem Umfang den Wohnungsbau zu fördern und dadurch Hunderttausenden, ja Millionen von Menschen Arbeit und Verdienst zu geben, die Wohnungsgut herabzumildern und außerdem Jehntausenden von Gewerbetreibenden Verdienst zu geben. (Zur Wirtschaftspartei) Sie können in ihrer Hege nur eins: Sie betreiben die Wohnungsfrage nur zu dem einen Zweck, die breiten Volksschichten auszunutzen und auszubeuten, ohne Rücksicht auf die Belange der Arbeiter und Gewerbetreibenden, die gerade dadurch Arbeit bekommen. Wir gehen zu, daß es im Interesse des Wohnungsbaues kein idealer Zustand ist, daß ein Teil der Hauszinssteuer zu anderen Zwecken verwendet wird. Aber dabei darf man nicht vergessen, daß der Teil der den Gemeinden und Ländern zur Verfügung steht, zu einem großen Teil auch zu Wohlfahrtszwecken verwendet wird, und wenn man den Gemeinden und Ländern diesen Teil entzieht, muß man auch auf anderen Wege die Mittel für diese Zwecke schaffen. Auch meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß es

zweifelslos ein angenehmer Zustand wäre, wenn die Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau verwendet werden könnte. Wir sind bereit, mitzuarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Aber diejenigen, die immer dagegen kämpfen, muß eine gesagt werden, wenn sie das Verlangen stellen, daß sie auch den Weg angeben müssen, wie die Gemeinden für die 800 Millionen für Wohlfahrts- und andere Zwecke Ersatz bekommen. Eine wesentlich andere Frage bei unserem zukünftigen Wohnungsbau wird die

### Frage der Neubausmieten

sein. Die Zahl der Wohnungssuchenden, die die Möglichkeit haben, die Neubausmieten zu bezahlen, wird in absehbarer Zeit erschöpft sein, und es muß ein Weg gesucht werden, die Neubausmieten wesentlich zu senken. Ganz besonderer Förderung bedürfen die kinderreichen Familien. Allerdings können wir uns dem Antrag, den Herr Kollege Lande im Wohnungsausschuß gestellt hat, die kinderreichen Familien nur noch in Neubauswohnungen unterzubringen, nicht anschließen. Wer sozial und gerecht denkt, muß auch noch für die kinderreichen Familien etwas übrig haben und bereit sein, sie in seinen Wohnungen unterzubringen. Besonders die Erfahrungen, die man sowohl früher als auch heute auf diesem Gebiete machte, zwingen uns, den kinderreichen Familien ganz besonderen Schutz angedeihen zu lassen. Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, wonach jährlich eine größere Anzahl Wohnungen für kinderreiche Familien erstellt und die Mieten so bemessen werden, daß sie einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens nicht übersteigen. Bei den Beratungen der Richtlinien im Wohnungsausschuß haben wir auch in diesem Sinne gewirkt. Wir bitten daher, diesen Antrag dem Wohnungsausschuß zu überweisen.

Ein Wort zur Stellung der Zentrumspartei in der Wohnungsfrage überhaupt. Wir haben in diesem Hause wiederholt erklärt, daß die Zentrumspartei keine Verengung der Wohnungswirtschaft will. Alles andere, was über die Haltung der Zentrumspartei in der Wohnungsfrage behauptet wird, ist elende Lüge. Wir wollen die Wohnungswirtschaft nicht nur so lange aufrecht erhalten wissen, bis ein Ausgleich auf dem Wohnungsmarkt geschaffen ist. Dieser Ausgleich ist aber noch lange nicht geschaffen; denn auf Grund der letzten Reichswohnungsabzählung steht fest, daß in Deutschland noch mindestens 600 000 Wohnungen fehlen. Dazu kommt, daß Hunderttausende von Familien in menschenunwürdigen Wohnungen untergebracht sind.

\* Seipel in Rume. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat auf seiner Mittelmeeresreise in Rume kurzen Aufenthalt genommen, wo er in der Republik eine Meile las. Er fuhr dann nach Ita weiter, wo er längere Zeit zu verweilen beabsichtigt.

\* Antrag auf Austritt Norwegens aus dem Völkerverband abgelehnt. Das Storting lehnte gestern nach längerer Debatte gegen 65 Stimmen einen Antrag der Arbeiterpartei ab, in dem gefordert wurde, daß Norwegen aus dem Völkerverband austritt. Der Antrag war außer von den Mitgliedern der Arbeiterpartei von zwei Radikalen und einem Mitglied der Bauernpartei

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Besonders in den östlichen Gebieten vorübergehend Regen; im übrigen wechselnd bewölkt. Temperaturen schwankend, dabei nicht wesentlich geändert. Schwache bis mäßige Winde aus westlichen Richtungen.

## Der Pariser Schlußbericht

Paris, 16. Mai.

Die Morgenpresse ist in der Lage über den gehen den Telegraphen der Reparationskonferenz überreichten Berichtsentwurf eingehend mitzuteilen. Der Entwurf soll 60 Seiten umfassen und den Bericht in sich schließen, der bereits von den Amerikanern und Südafrikanern ohne Teilnahme der Deutschen ausgearbeitet, jetzt aber von Dr. Schacht abgeändert und mit Zusätzen versehen wurde.

„Matin“ berichtet: Der Kernpunkt der Berichte sind die Vorbehalte. Die Schuldenfaktoren beziehen sich nicht nur auf Tronjeur, sondern auch auf die Zahlungen, die für 2 Jahre suspendiert werden könnten, aber lediglich für den bedingten lautenden Teil der Kreditsumme, der für die Zahlung der interlokierten Schulden in Frage käme. Für eine Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit des Schuldners wird das beratende Komitee der geplanten internationalen Bank zuständig sein. Der Bericht schließt vor, sobald das neue System funktioniert, die Kontrolle des Damoclesplan aufzuheben, sieht jedoch die Möglichkeit vor, daß die Reichsbank eine unabhängige Gesellschaft bleibt, in der die Gläubigerstaaten vertreten sind. Der Gewinn der internationalen Bank werde in gleicher Weise verteilt werden. Der Bericht schließt ab mit Erwägungen allgemeiner Art über den Wert der Regelung des Reparationsproblems und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch eine angemessene Behandlung der deutschen Staatsangehörigen das Reich ausreichende Hilfsquellen finde, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

## Die Arbeitslosigkeit im englischen Wahlkampf

London, 15. Mai.

Wie das Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien in der am 8. Mai zu Ende gegangenen Woche 1 142 700, was gegenüber der Vorwoche eine Verminderung um 31 118, gegenüber dem Vorjahre aber noch eine Vermehrung um 248 878 darstellt. Die Hoffnungen der Konserativen, die Arbeitslosigkeit vor den Wahlen am 30. Mai so erheblich senken zu können, daß hierdurch der liberalen-arbeiterparteilichen Agitation auch durchaus wirksam entgegengetreten werden könnte, haben nur noch außerordentlich geringe Aussichten auf Verwirklichung.

Der liberale Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit findet nun auch die Unterstützung des früheren Schatzkassiers und gegenwärtigen Präsidenten der Midland Bank, Mac Kenna. Bei dem außerordentlichen Ansehen, dessen sich Mac Kenna als Politiker wie als Finanzmann erfreut, bedeutet das eine neue Verstärkung der liberalen Wahlpropaganda, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Liberalen neuerdings wieder in den Kollierungen an der Börse mit 91—95 Mitgliedern höher stehen als seit langer Zeit. Die Arbeiterpartei ist in der letzten Woche ständig zurückgefallen und wird gegenwärtig nur noch mit 240—245 notiert gegen 275—280 Konservative. Stimmungsmäßig entsprechen diese Notierungen nicht mehr ganz den wahren Verhältnissen, da die Konservativen, die vor kurzer Zeit kaum selbst glauben, eine Mehrheit erwarten zu können, heute ziemlich fest davon überzeugt sind, daß sie eine kleine absolute Mehrheit erhalten werden. Die Entwidlung des Wahlkampfes im Lande gibt aber hierfür keinen sicheren Anhaltspunkt.

## Hauseinbruch in Hamburg

Hamburg, 14. Mai.

Heute Abend stürzte in der Schmiedestraße im Zentrum der Stadt ein im Umbau befindliches Haus offenbar unter der Last der an ihm angebrachten Eisengerüste bis auf die Grundmauer in sich zusammen. Eine Person, anscheinend ein Wächter, wurde von den Trümmern zu Boden gerissen, erlitt erhebliche Kopfverletzungen und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. Passanten sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Schmiedestraße und die anliegenden Straßen waren noch geraume Zeit nach dem Einsturz in ungeheure Staubwolken gehüllt. Die Trümmer des Hauses bedeckten die Schmiedestraße fast in voller Breite. Der ganze Straßenkomplex ist polizeilich absperrt und die Feuerwehr ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

## Explosionskatastrophe in Straßburg

Strasburg, 15. Mai.

Im Zentrum von Straßburg ereignete sich am Mittwoch vormittag kurz vor acht Uhr ein folgenschwerer Explosionsunglück. Mehrere Arbeiter der Straßenbahn waren mit Verbesserungsarbeiten an den Gleisen beschäftigt. Bei den Schweißarbeiten flog plötzlich der Benzindbehälter, der bei der Erhitzung der Schweißform verwendet wurde, in die Luft. Ein Straßl brennendes Benzins ergoß sich dabei auf fünf Arbeiter und fünf zufällig Vorübergehende, von denen mehrere sofort in hellen Flammen standen. Verwiselt liefen die brennenden Menschen in den Straßen umher. Sieben der Verletzten, und zwar fünf Arbeiter und zwei Passanten, wurden später ins Krankenhaus gebracht. Drei von ihnen liegen lebensgefährlich darnieder. Drei weitere Verletzte konnten in einer nahen Apotheke verbunden werden.

## Gemäßigte Prohibition in Mexiko?

Mexiko, 15. Mai.

Wie Präsident Portes Gil heute mitteilte, soll man in mexikanischen Regierungskreisen beabsichtigen, alle alkoholischen Getränke mit Ausnahme von Wein und Bier zu verbieten. Die zugelassenen Getränke würden nur männlichen erwachsenen Personen verabreicht werden dürfen. Es wurde eine nationale antialkoholische Kommission unter dem Vorsitz des Ministers für Hygiene ernannt, sie nimmt am 20. Mai ihre Tätigkeit auf.